

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Netzwerk Friedenssteuer

NACHRICHTEN

Nr. 19 Frühjahr / Sommer 97

350 Jahre Westfälischer Frieden

In Osnabrück findet vom 29.-31. Mai 98 zum 350-jährigen Jubiläum des Westfälischen Friedens ein Kongress statt. Er wird Möglichkeiten nichtmilitärischer Konfliktlösung aufzeigen, politisch-pazifistische Friedenskonzepte aufstellen und für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung sowie für den Schutz von Flüchtlingen und Kriegsdienstverweigerern aus Kriegsgebieten eintreten. Veranstalter des Kongresses ist ein gemeinnütziger Trägerverein von zur Zeit 38 Organisationen, die für Frieden und Menschenrechte tätig sind. Das Netzwerk Friedenssteuer wird sich am Ausschuß „Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht“ beteiligen.

Der Friedensvertrag von Osnabrück und Münster im Jahre 1648 hat den Dreißigjährigen Krieg beendet, Europa aber keineswegs einen dauerhaften Frieden gebracht. Er hat nicht zu der einzig richtigen Konsequenz aus dem dreißigjährigen Morden geführt, nämlich zur Ächtung des Krieges. Im Gegenteil, in den vergangenen 350 Jahren ist in Europa immer wieder Krieg geführt worden, mit immer größeren Vernichtungspotentialen, mit immer größeren Menschenopfern.

Wenn die Gedenkveranstaltungen einen ethisch vertretbaren Sinn haben sollen, dann müssen sie ein Forum für die Forderung nach gewaltfreien Konfliktlösungen, nach Ächtung des Krieges sein. Dazu will der "European Peace Congress Osnabrück 98" beitragen. Vertreter von Friedens-, Menschenrechts- und Kriegsdienstverweigererorganisationen aus ganz Europa wollen auf diesem Kongress friedliche Mittel und Wege zur Beendigung von Kriegen und zur Bewahrung des Friedens aufzeigen. Es soll zu einem Disput kommen über die verschiedenen Ansätze, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung. Nur durch eine europaweite Zusammenführung der

Inhaltsverzeichnis

350 Jahre Westfälischer Frieden	S. 1
Vortrag von Dr. Paul Tiedemann	S. 2
Aus den Regionen	S. 2
Aus dem Netzwerk	S. 3
Steuern zu Pflugscharen	S. 3
Rechtswege	S. 5
Internationales	S. 6
Gesetzesinitiative	S. 8
Informationen	S. 8
Buchbesprechungen	S. 9

PazifistInnen und Kriegsdienstverweigerer, durch eine vitale, kreative und kraftvolle europäische Friedensbewegung wird eine Durchsetzung pazifistischer Ideale möglich. Das aber ist unerläßliche Voraussetzung für das Entstehen eines Europa der Friedfertigkeit.

Der Schwerpunkt der Arbeit in diesem Jahr liegt auf der direkten Ansprache von InteressentInnen und ReferentInnen für den Kongress, einer intensivierten Pressearbeit und der inhaltlichen Vorbereitung durch die Arbeitsausschüsse.

Arbeitsausschuß Südost- und Osteuropa

Zentrales Ziel dieses Ausschusses ist die Formulierung von Kriterien zum Schutz der geflohenen und der

im Lande verbliebenen Kriegsdienstverweigerer.

Arbeitsausschuß Pazifistische Friedenskonzepte

In diesem Ausschuß wollen (bisher) ein gutes Dutzend Menschen aus Friedensbewegung und Friedensforschung an den Themen:

- Alternativen zum Militär und zur gewaltsamen Konfliktaustragung, zivile Konfliktbearbeitung,
- Fortentwicklung und Umsetzung politischer Konzeptionen arbeiten.

Es wird angestrebt bis zum Kongress eine tragfähige Grundlage für die aktive Einmischung der PazifistInnen in Europa gegen den Militärinterventionismus und für militär- und gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zu erarbeiten.

Arbeitsausschuß Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht

Dieser Arbeitsausschuß soll nach den Vorstellungen des Trägerkreis-Vorstandes eine Verbindung der Kongressziele mit der Geschichte und der Zukunft der Kriegsdienstverweigerung im Zusammenhang

mit der Opposition gegen den Krieg insgesamt herstellen.

In diesem Ausschuß wird das Netzwerk Friedenssteuer mitarbeiten. Ansprechpartner für diese Aktivitäten und Koordinator ist **Günther Lott, Hauptstr. 1a, 69231 Rauenberg, Tel. 06222/62741, Fax 06222/62702**

Gegenwärtig steht die Ausarbeitung eines "Osnabrücker Manifestes" zur staatlichen Friedenspflicht und Gewissensfreiheit der Militärdienstverweigerer im Mittelpunkt der Arbeit. Dieser Text soll in Vorbereitung des Kongresses in einer europaweit angelegten Kampagne in die Öffentlichkeit getragen und schließlich im Mai 98 verabschiedet werden. Eine Forderung dieses Manifestes ist, daß die politischen und rechtlichen Konsequenzen aus den bisher papiernen Beschlüssen der UNO-Menschenrechtskommission und der Europäischen Gremien (ER und EP) in Sachen Menschenrecht und Militärdienstverweigerung gezogen werden.

Aus den Regionen

Süd-West

Die Gruppe hat sich im Februar in Freiburg getroffen.

Christa und Klausmartin Voigt haben im Dezember 96 wieder einen symbolischen Betrag verweigert und dazu einen Brief an das Finanzamt geschrieben.

Günther Lott zahlt nach wie vor 10% der Einkommenssteuer auf das Sperrkonto und wird vierteljährlich regelmäßig gepfändet. Er überlegt eine neue Klage gegen das Finanzamt via Einspruch gegen die Pfändung, da seit seiner ersten Klage (1982) viele neue juristische Argumente hinzukamen.

Christel Lott ist seit Jan. 97 nicht mehr Mitarbeiterin in der Apotheke. Bis dahin (seit Mitte 94) wurden monatlich 10% ihrer Lohnsteuer aufs Sperrkonto statt an das Finanzamt überwiesen. Dieser Betrag war

Vortrag von Dr. Paul Tiedemann beim Regionaltreffen in Bayern

Der Referent Dr. Paul Tiedemann erläuterte in seinem sehr interessanten Vortrag vor ca 50 Anwesenden den Ist-Zustand bezüglich des Rechtes der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen. Zum Verständnis führte er zwei Grundthesen zur Staatsbildung aus:

Einmal die ältere kommunitaristische Auffassung, daß die Individuen aus der (staatlich verfassten) Gemeinschaft hervorgehen. Dann die jüngere liberalisierte Theorie, daß die (staatlich verfasste) Gemeinschaft aus Individuen hervorgeht.

Um das Selbstverständnis einer Gesellschaft hinsichtlich dieser zwei Theorien zu überprüfen, verglich er die Präambeln des Deutschen Grundgesetzes mit der Präambel der Amerikanischen Verfassung, wobei einmal „das deutsche Volk“ (Kollektiv-Objekt), zum anderen, „wir, die Leute“ (Individual-Subjekt) das Subjekt sind. Aus weiteren Kriterien (wer redet da eigentlich? worum geht es? wie kann die Verfassung geändert werden?) läßt sich in der deutschen Verfassung eine Affinität zu kommunitaristischem Denken herleiten. Es kann eine Gewissensfreiheit gegenüber dem Staat garnicht geben, sondern nur im Verhältnis der Bürger untereinander. Daher muß der Artikel 4,3 extra erwähnt werden als Kompromißlösung, da sie (die Gewissensentscheidung) systemwidrig ist.

Allerdings zeigen die höchstrichterlichen Entscheidungen in den fünfziger Jahren ein überwiegend liberalistisches Verständnis, z.B. wird jede sittliche Entscheidung anerkannt; die Freistellung von Handlungspflichten, der Gewissensschutz des einzelnen hat Vorrang vor den Interessen des Staates. Der Unterschied lag damals darin, daß bei den richterlichen Entscheidungen nicht auf die Folgen geachtet werden mußte. Dies änderte sich bei der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen, da hier ein Schneballeffekt zu erwarten war. Eine sachgerechte, angstfreie und an der Wahrheit orientierte Rechtsprechung wurde nicht mehr angestrebt. Die Nützlichkeit und das Ergebnis (also ideologische Zwecke) standen im Vordergrund und dementsprechend weisen die Rechtsargumente bei den Urteilen zur Steuerverweigerung einen ideologischen Charakter auf und sind teilweise haarsträubend. Gegen Angst kann man nicht argumentieren, so Tiedemanns Resümee. Insbesondere kann kollektive Angst nicht ohne weiteres abgebaut werden. Neue pragmatische Gesichtspunkte werden in der Rechtsauffassung zu einem Paradigmenwechsel führen, so hofft Tiedemann.

Brigitte Janus

in der monatlichen Voranmeldung nicht enthalten, sodaß das Finanzamt ihn auch nicht pfänden konnte. Das Amt war aber von Anfang an ausführlich über das Vorgehen informiert. Günthers Einspruch gegen die Aufforderung, die Beträge vollständig anzumelden, ist bis heute unbeantwortet.

Elisabeth hat ihre (staatliche) Besoldungsstelle angeschrieben und wie schon häufiger keine Antwort erhalten.

Uta Pfefferle hatte im Februar von ihrer 1991 eingereichten Klage noch nichts gehört. Inzwischen gab es einen Verhandlungstermin (siehe

eigenen Bericht beim Arbeitsschwerpunkt „Rechtswege“).

Haupttagesordnungspunkt war das Info, das wir herstellen wollen. Gedruckt werden soll es (hoffentlich!) im Juni.

Das nächste Treffen wird am **Samstag, dem 23. August 1997 in Freiburg** sein.

Leider können wir uns nicht wie vorgesehen bei Elisabeth treffen, da sie sehr schwer erkrankt ist. Einladungen werden von Christa Voigt und Christel Lott verschickt (Tel.: 06222/62741).

Bayern

In München entsteht eine neue Gruppe. Ein erstes Treffen war im November. Bei der Wehrmachtsausstellung wurden durch diese Gruppe Broschüren verteilt. Ein **nächstes Treffen** ist für

Montag, den 21. Juli 1997

geplant. Genaueres (Ort und Zeit) ist über **Sepp Rottmayer, Tel. 089/659253** zu erfahren.

Ebenfalls im November, anschließend an das Gruppentreffen, hielt Dr. Paul Tiedemann einen öffentlichen Vortrag über "Das Recht der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen" (vgl. Kasten S. 2).

Die Kombination Regionaltreffen und öffentlicher Vortrag am Abend hat sich wieder bewährt. Dank des Engagements von Sepp Rottmayer, der die Organisation des Tages übernommen hatte, konnten Pax Christi München, Friedensinitiative Christen in der Region München, Münchner Bildungswerk und Evang. Bildungswerk München als Mitveranstalter gewonnen werden.

Zum Regionaltreffen kamen 17 Personen - 10 Gesichter waren neu und gehörten überwiegend einer Initiative in München an, die sich seit zehn Jahren in der Friedensarbeit engagiert. So lag das Hauptinteresse im gegenseitigen Kennenlernen, im Erfahrungsaustausch und in der Beantwortung von praktischen Fragen zur Steuerverweigerung.

Beschlüsse: 1) Eine überwiegende Mehrheit befürwortet ein offenes Bundestreffen und ein Regionaltreffen. 2) Die Regionalsprechertätigkeit liegt in Händen der Nürnberger Gruppe.

Bei der Abendveranstaltung wies Sepp Rottmayer in der Einführung darauf hin, daß es keine institutionalisierte Friedensarbeit gebe; dagegen sei die Konfliktlösung mit Gewalt in der Bundeswehr (Verteidigungsministerium) institutionalisiert, was zu einem krassen Mißverhältnis zwischen "Konfliktlösung ohne Gewalt" und "Konfliktlösung mit Gewalt" führe. Dem Vortrag (siehe Kasten S. 2) schloß sich intensive Frageunde an.

West

Die Gruppe West hat sich aufgelöst. Sie haben Bilanz gezogen und geschrieben:

"Der ursprüngliche Zweck des Regionaltreffens - Erfahrungsaustausch und gegenseitige Unterstützung - ist nicht mehr gegeben, da sich für die Anwesenden keine neue Fragestellungen oder Diskussionsbedarf ergeben hatten.

Deshalb haben wir beschlossen, daß es erst einmal keine weiteren Regionaltreffen geben wird. Als **Kontaktadressen** für die Region bleiben:

Dorothea Kötter, Burgstr.97, 53177 Bonn, Tel.: 0228/355289

Hans-Peter Mortier, Fichtenweg 1, 53340 Meckenheim, Tel.: 02225/15995.

Interessierte können natürlich jederzeit ein Regionaltreffen anberaumen, bzw. auf die Treffen von Steuern zu Pflugscharen oder des Netzwerkrates gehen."

Aus dem Netzwerkrat

Als überregionale Ansprechpartner für das Netzwerk haben sich zur Verfügung gestellt: Christel und Günther Lott, Hauptstr.1a, 69231 Raunberg Tel. 06222/62741 Fax 06222/62702

Ab der nächsten Nummer wird Carl Ehrig-Eggert in der Redaktion der Netzwerk-Nachrichten mitarbeiten.

Weil es uns in Eisenach so gut gefallen hat, wollen wir uns zum nächsten Netzwerkrat wieder da treffen. Das Haus war zum avisierten Termin nicht zu bekommen, deshalb wurde das Treffen verschoben. Also:

Treffen des Netzwerkrates vom 7. bis 9. November 1997 in Eisenach.

Schriftlich eingeladen werden vor dem Treffen alle Kontaktpersonen. Das Treffen ist aber auch für alle anderen Interessenten offen, Anmeldungen bitte an Chr. und G. Lott.

Aus den Arbeitsschwerpunkten



Kirchentagsstand sucht Mitarbeitende

Für unseren Stand auf dem Ev. Kirchentag in Leipzig (18.-22.6.97) suchen wir dringend noch Standbetreuung (Do. bis Sa. jeweils für Blöcke zwischen 10.00 und 18.00 Uhr). Natürlich freuen wir uns auch, wenn Leute spontan vorbeikommen und mithelfen. **Bitte meldet Eure Mitarbeit umgehend an bei: Ilse Staude Tel. 06406/4194**

Dranbleiben ist angesagt - Nachgedanken zur Jahrestagung (vgl. Kasten S. 4)

Daß wir keine neuen Ideen fanden, unser Anliegen unter die Menschen bzw. ins Gespräch zu bringen, liegt wohl an der geringen Zahl unserer aktiven Mitglieder, an unserer begrenzten Zeit und Kraft. Die Zeit scheint im Moment nicht reif zu sein. Wir erfahren mehr Ablehnung und Zurückhaltung als wirkliches Interesse.

Es gab aber auch schöne Erfahrungen, z.B. besuchte uns eine Synodale der Hessen-Nassauischen Landeskirche während der Tagung. Wir bekamen von dieser Landeskirche auch ein großes Geldgeschenk für unseren Workshop.

Für die nächste Zeit bleibt uns nur, jeder nach seinen persönlichen Möglichkeiten aktiv zu sein und "dran zu bleiben". Zwei Gelegenheiten sollten wir dabei nutzen: den Kirchentag im Juni und die Friedensdekade im November. Das Thema der Friedensdekade im Herbst "Soll ich meines Bruders Hüter

sein?" sollte Anlaß zum Ideen- und Materialaustausch zwischen verschiedenen Friedensgruppen, also auch der SzP-Bewegung, sein.

Christel Spenn, Magdeburg

Bitte vormerken: Nächste Jahrestagung: 6. - 8. 3. 1998 wieder in Ober-Mörlen

Spendenauf Ruf für Kosovo-Projekt

Dieses Projekt wurde gegründet von der italienischen OSM (Kampagne gegen Militärsteuer) und wird koordiniert von MIR (Internationale Bewegung für Versöhnung). Das Projekt beinhaltet die Eröffnung einer "Botschaft für Frieden" in Pristina/Kosovo. Es begann 1995 mit einem ständigen Mitarbeiter, es überwacht die Verletzungen von Menschenrechten und baut Kommunikationsverbindungen auf zwischen betroffenen Leuten, überwiegend durch einen Mediationsdienst. Ein jüngster Erfolg ist die Wiedereröffnung von Schulen und Universitäten in albanischer Sprache. Wir haben ein Budget von 12 Mill. IL (ca. 12.500.-DM) vorgeschlagen. Der Koordinator des Projektes heißt Alberto L'Abaie. Er steht für ein weiteres Jahr zur Verfügung, vorausgesetzt, daß seine Aufenthaltsgenehmigung für das Land verlängert wird. (Übersetzung von Hannelore Morgenstern)

Wir wollen kein Geld von unserem Aktionskonto schicken sondern rufen Euch zu einer Spendenaktion auf (vgl. S. 7). Benutzt dazu das Konto des Netzwerkes, Vermerk: "Spende für Kosovo"

EKHN bietet Beratung an

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat auf ihrer 14. Tagung der Achten Synode am 20. 4. 97 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Synode unterstützt Initiativen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Unter uns ist strittig, ob die Bereitstellung von Militär und gegebenenfalls der Einsatz von Waffengewalt zum Frieden beitra-

Jahrestagung „Steuern zu Pflugscharen“ 14. - 16. 3. 1997 in Ober-Mörlen

Unsere Jahrestagung fand im kalten, aber schön anzuschauenden Taunus statt, umgeben von zottig-dunklen Rindern und in der Gemeinschaft von 19 Menschen, die ihren Weg zur Gewissensentlastung und Friedenssteuer suchen.

Einen ersten Hinweis für unseren nächsten Schritt gab Thomas Mayer / München mit seiner Einführung in die Kampagne „Mehr Demokratie .. Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen“. Er machte deutlich, daß mittels der Volksabstimmung u. a. geklärt werden kann, ob die BürgerInnen künftig zwischen Militär- und Friedenssteuer wählen wollen. Die Kampagne bedeutet nicht nur mehr Demokratie für alle; für uns stellt sie auch einen Schritt zur pazifistischen Steuerzahlung dar. Deshalb wird „Steuern zu Pflugscharen“ Mitglied in der Kampagne. Gudrun Rehmann pflegt die Kontakte. Der Mitgliedsbeitrag wird durch Spenden zusammengetragen.

Die **Zukunftswerkstatt** unter Leitung von Uwe Biergans und Walter Fackler, „Zwischensaat“, ein lustvoll-erschöpfender 12-Stunden-Marathon, öffnete den Blick für mancherlei Kritik, Arbeitsstoff und Ideen für die Zukunft. Vieles davon liegt im Protokoll vorerst auf Halde. Vier Projekte wurden verabredet: Mitarbeit beim Folder des Netzwerkes, Gemeinde-Aktivitäten, Eurofighter und als besondere Überraschung: Schaffung unserer eigenen Steuer-Oase. Steuertricks gibts legal und illegal zuhauf. Steuerfachleute und Großverdienende kennen sich da aus. Ihre Kompetenz könnte helfen, für unsere Sache akzeptable Wege der Steuervermeidung ausfindig zu machen. Vielleicht finden wir in diesem neuen Feld Menschen, die unser Anliegen um Ideen bereichern. Ingo Seibold und Stefan Müller machen sich auf den Erkundungsweg; alle anderen mögen sich beteiligen.

Der große Wurf im Blick auf neue Strategien ist uns nicht gelungen - das war wohl bei ca. 16 Stunden Arbeitszeit zu viel erhofft. Zudem wies eine östliche Stimme darauf hin, daß manche Schritte, die wir im Westen schon getan haben, erst noch im Osten und unter den heutigen Bedingungen weiterentwickelt werden müssen.

Als **Schwerpunkte 1997/98** in den regionalen Aktivitäten wird angestrebt,

- in gemeindlichen Veranstaltungen Militärsteuer-Verweigerung bekannt zu machen und für gewissensneutralere Steuerzahlungen zu werben,
- unser Thema mit „verwandten“ Themen ins Gespräch zu bringen, z.B. im Rahmen der Friedensdekade, bei den nächsten Gedenktagen oder Partnerschaftstreffen von Städten oder Gemeinde, ...
- aktuelle Diskussionen als Sprungbrett für Informationen über diese und unsere Sache zu nutzen - wie die über „Eurofighter 2000“, Abzug von NATO-Streitkräften, weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr, EU als Militärbündnis, ...
- das Thema „Steuer-Oase“ voranzubringen.

Unser Stand auf dem Leipziger Kirchentag wackelt; noch fanden sich nicht 10 Leute. Notgedrungen mußten wir entscheiden, niemanden nach Graz zu schicken. Da hoffen wir sehr auf die Aktivität unserer Internationalen Konferenz und NGO. Die Teilnahme am Osnabrücker Friedens- und KDV-Kongreß traut sich die Gruppe zu.

Gerlinde Rambow übernimmt von Erfurt aus einen Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Möge also Kraft und Hoffnung aus den kleinen Schritten in den Regionen kommen. Wir grüßen an dieser Stelle alle, die nicht dabei sein konnten; wir rechnen demnächst mit Euch!

Hannelore Morgenstern

Buchbesprechungen

Christoph Besemer: Mediation - Vermittlung in Konflikten, Hrsg. Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Heidelberg/Freiburg 1993

Eine leicht verständliche gut lesbare Einführung in Sinn und Praxis der Mediation. Viele Beispiele erhellen den Methodengebrauch. Das einleitende Kapitel stellt Art und Umfang von Mediation kurz vor. In weiteren Kapiteln wird die Mediationspraxis in ihren Verlaufsphasen beschrieben, den Besonderheiten der politischen Mediation nachgegangen.

Lioba von Lovenberg

Christoph Besemer: Mediation in der Praxis, Hrsg. Werkstatt für Gewaltfreie Aktionen, Baden

Der Autor beschreibt die verschiedenen Anwendungsgebiete von Mediation, zeigt die Unterschiede zur gegenwärtigen Mediationspraxis in Deutschland auf und geht auf einige der aktuellen Entwicklungen innerhalb der amerikanischen Mediationsbewegung

ein, die auch für uns Bedeutung haben könnten. Ergänzt wird der Band durch ein Adressverzeichnis USA/Deutschland und ausführliche Literaturangaben.

Kleine Inseln der Menschenwürde, Hrsg. Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion, Christlicher Friedensdienst. Okt. 1996, 160 Seiten

In diesem Buch werden Erfahrungsberichte von Freiwilligen zusammengetragen, die in Friedensdiensten im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt waren. Die hier vorliegenden Texte dokumentieren, was freiwillige Friedensdienste in Kriegs- und Krisengebieten leisten können, welche Probleme und Grenzen sich in der vierjährigen Arbeit gezeigt haben. In diesem Sinne versuchen sie auch für zukünftiges und gegenwärtiges Engagement in anderen Krisenregionen Beispiel zu geben.

Für 18,- DM zu bestellen bei: Die Kurve Wustrow, Kirchenstr. 14, 29462 Wustrow

Fünf für Frieden

In Freiburg ist eine neue Kampagne entstanden, die globale Abrüstungsinitiative „Fünf für Frieden“.

Es geht bei dieser internationalen Entmilitarisierungskampagne darum, die Kosten aller Rüstungs- und Verteidigungshaushalte weltweit um jährlich 5% zu senken. Ziel der Initiative ist es, den zaghaft begonnenen Abrüstungsprozeß zu verstetigen und damit unumkehrbar zu machen. Hierzu sollen Unterstützer aus aller Welt gewonnen werden (z.B. der Friedensnobelpreisträger Oscar Arias, Vertreter der UNO und von Nicht-Regierungsorganisationen, internationale Friedensbewegung, nationale Parteien...).

Die Kampagne ist auf mehrere Jahre angelegt und sollte zur Jahrhundertwende in einem Stadium angelangt sein, in dem die ersten zwischenstaatlichen Absichtserklärungen und Vorverträge unterzeichnet werden können.

Organisator ist das Rüstungs- Informationsbüro Baden-Württemberg (RIB), Umkircher Str.37, 79112 Freiburg Tel./Fax 07665/51868.

Aus der Redaktion

An der Produktion dieser Ausgabe wirkten mit: Christel Lott und Dedo v. Krosigk (Redaktion, VisdP), Lutz-E. Bohr (Steuern zu Pflugscharen) und Uta Pfefferle (Versand). Weitere AutorInnen sind namentlich gekennzeichnet.

Artikel für die nächsten Netzwerk-Nachrichten bitte an Christel Lott, Postfach 1151, 69227 Rauenberg. Wenn möglich als Ausdruck und ASCII-Textfile. **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 12. 11. 97**

Netzwerknachrichten-Bestellung

Bei einigen hat sich auf dem Umschlag ein Aufkleber breitgemacht, der daran erinnern soll, daß eine Verlängerung des Abo fällig ist. Die kleine Zahl auf dem Adressen-Etikett gibt die Anzahl der Ausgaben an, die zusätzlich zu dieser Nummer noch bezahlt sind. Es gilt nach wie vor ein Preis von 15,- DM für vier Ausgaben auf das Aktionskonto (Kto.-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00, Stichwort „Netzwerknachrichten“. Absender nicht vergessen! Adressenänderungen bitte an Ingo Seibold melden (Adresse siehe letzte Seite)

Wer weitere Exemplare dieser Netzwerk-Nachrichten wünscht, kann sie gegen 3,- DM in Briefmarken pro Stück zzgl. Porto bei Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, bestellen.